

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

<b>Einleitung</b>	1
-------------------	---

<b>Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)</b>	73
--	----

## **Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete**

§ 1	Begriffsbestimmungen (Figura)	73
§ 2	Verpflichtete, Verordnungsermächtigung (Figura)	124
§ 3	Wirtschaftlich Berechtigter (Figura)	204

## **Abschnitt 2. Risikomanagement**

§ 4	Risikomanagement (Herzog)	219
§ 5	Risikoanalyse (Herzog)	223
§ 6	Interne Sicherungsmaßnahmen (Herzog)	230
§ 7	Geldwäschebeauftragter (Herzog)	244
§ 8	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (Herzog)	252
§ 9	Gruppenweite Pflichten (Achtelik)	260

## **Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden**

§ 10	Allgemeine Sorgfaltspflichten (Figura)	276
§ 11	Identifizierung (Figura)	340
§ 11a	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflichtete (Herzog)	365
§ 12	Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung (Figura)	366
§ 13	Verfahren zur Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung (Figura)	376
§ 14	Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung (Figura)	379
§ 15	Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung (Achtelik)	388
§ 16	Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet (Achtelik)	435
§ 17	Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung (Achtelik)	445

## **Abschnitt 4. Transparenzregister**

§ 18	Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle (Figura)	462
§ 19	Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten (Figura)	469
§ 20	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen (Figura)	476

## Inhaltsübersicht

§ 21	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen (Figura) . . . . .	493
§ 22	Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung (Figura) . . . . .	499
§ 23	Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung (Figura) . . . . .	505
§ 23a	Meldung von Unstimmigkeiten an die registerführende Stelle (Figura) . . . . .	515
§ 24	Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung (Figura) . . . . .	519
§ 25	Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung (Figura) . . . . .	522
§ 26	Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung (Figura) . . . . .	528
§ 26a	Abruf durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und die Strafverfolgungsbehörden (Figura) . . . . .	532
	Vorbemerkungen zu Abschnitt 5 – Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa) . . . . .	534

### Abchnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

§ 27	Zentrale Meldestelle (Barreto da Rosa) . . . . .	549
§ 28	Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit (Barreto da Rosa) . . . . .	552
§ 29	Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa) . . . . .	566
§ 30	Entgegennahme und Analyse von Meldungen (Barreto da Rosa) . . . . .	574
§ 31	Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht (Barreto da Rosa) . . . . .	587
§ 32	Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen (Barreto da Rosa) . . . . .	607
§ 33	Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Barreto da Rosa) . . . . .	625
§ 34	Informationersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (Barreto da Rosa) . . . . .	640
§ 35	Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (Barreto da Rosa) . . . . .	642
§ 36	Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund (Barreto da Rosa) . . . . .	653
§ 37	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien (Barreto da Rosa) . . . . .	655
§ 38	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind (Barreto da Rosa) . . . . .	664
§ 39	Errichtungsanordnung (Barreto da Rosa) . . . . .	667
§ 40	Sofortmaßnahmen (Barreto da Rosa) . . . . .	670
§ 41	Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten (Barreto da Rosa) . . . . .	682
§ 42	Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa) . . . . .	690

# Inhaltsübersicht

Vorbemerkung zu Abschnitt 6 – Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten (Barreto da Rosa) . . . . .	698
--	-----

## **Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten**

§ 43 Meldepflicht von Verpflichteten, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa) . . . . .	707
§ 44 Meldepflicht von Aufsichtsbehörden (Barreto da Rosa) . . . . .	752
§ 45 Form der Meldung, Ausführung durch Dritte, Registrierungspflicht, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa) . . . . .	755
§ 46 Durchführung von Transaktionen (Barreto da Rosa) . . . . .	764
§ 47 Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa) . . . . .	773
§ 48 Freistellung von der Verantwortlichkeit (Barreto da Rosa) . . . . .	786
§ 49 Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten (Barreto da Rosa) . . . . .	792

## **Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz**

§ 50 Zuständige Aufsichtsbehörde (Achtelik) . . . . .	803
§ 51 Aufsicht (Achtelik) . . . . .	809
§ 51a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Aufsichtsbehörden (Achtelik) . . . . .	824
§ 52 Mitwirkungspflichten (Achtelik) . . . . .	827
§ 53 Hinweise auf Verstöße (Herzog) . . . . .	832
§ 54 Verschwiegenheitspflicht (Herzog) . . . . .	836
§ 55 Zusammenarbeit mit anderen Behörden (Barreto da Rosa) . . . . .	839
§ 56 Bußgeldvorschriften (Barreto da Rosa) . . . . .	854
§ 57 Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen (Herzog) . . . . .	911
§ 58 (weggefallen) (Herzog) . . . . .	915
§ 59 Übergangsregelung (Herzog) . . . . .	915

## **Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG) . . . . .**

§ 6a KWG – Besondere Aufgaben (Achtelik) . . . . .	919
§ 24c KWG – Automatisierter Abruf von Kontoinformationen (Achtelik) . . . . .	942
§ 25g KWG – Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr (Achtelik) . . . . .	961
§ 25h KWG – Interne Sicherungsmaßnahmen (Achtelik) . . . . .	994
§ 25i KWG – Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld (Achtelik) . . . . .	1025
§ 25j KWG – Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung (Achtelik) . . . . .	1033
§ 25k KWG – Verstärkte Sorgfaltspflichten (Achtelik) . . . . .	1035
§ 25l KWG – Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesell- schaften (Achtelik) . . . . .	1039
§ 25m KWG – Verbotene Geschäfte (Achtelik) . . . . .	1040

<b>Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG) (Achtelik) . . . . .</b>	<b>1045</b>
---	-------------

## **Inhaltsübersicht**

<b>Strafgesetzbuch</b> .....	1059
§ 89c Terrorismusfinanzierung (El-Ghazi) .....	1059
§ 261 StGB – Geldwäsche; Verschleierung unrechtsmäßig erlangter Vermögenswerte (Nestler/El-Ghazi) .....	1081
<b>Sachregister</b> .....	1159

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	S. V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

## Einleitung

	Rn.
I. Geldwäsche – Begriffe, Modelle, Erscheinungsformen und Normen	1
1. Verwendung des Begriffs im allgemeinen Sprachgebrauch	1
2. Begriff der Geldwäsche in der Kriminologie	3
3. Modelle der Geldwäsche	5
a) Überblick der Modelle	6
b) Das herrschende Drei-Phasen-Modell	7
4. Erscheinungsformen der Geldwäsche – ausgewählte Beispiele	12
a) Fingierte Firmen und Geschäfte	12
b) Nutzung von „gatekeeper“-Berufsgruppen	19
c) „Offshore“-Finanzplätze	24
d) Informelle Geldtransfersysteme (Hawala uÄ)	27
e) Intransparente geschäftliche Organisationsformen	38
f) Schnittmengen von Geldwäsche und Steuerkriminalität	43
g) Immobilien, Kunst und Luxusgüter	45
h) Versicherungspolizen und Finanzmarktprodukte	52
i) Weitere Erscheinungsformen der Geldwäsche – insbesondere im virtuellen Bereich	54
5. Typologien verdächtiger Transaktionen	58
6. Konzepte der Geldwäschebekämpfung im internationalen Kontext	60
a) Vereinte Nationen	61
b) Gruppe der Sieben (G-7) bzw. der Acht (G-8)	62
c) Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF)	63
d) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)	75
e) Europarat	76
f) Europäische Gemeinschaft	80
7. Die strafrechtliche Dimension – der Geldwäschetatbestand des § 261 StGB	99
II. Gesellschaftliche und ökonomische Gefahren von profitorientierter Kriminalität und „schmutzigem“ Geld	106
1. Erkenntnisse über die Strukturen profitorientierter Kriminalität – „Mafia“	106
2. Investitionsverhalten	109
3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen	110
4. Paradoxon: Der Boom der AML-Industrie	111
III. Geldwäsche als Kriminalität der Mächtigen; politisch exponierte Personen	112
1. Kleptokratien	112
2. Korruption	115
3. Politisch exponierte Personen (PEP)	121
IV. Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	129
1. Politischer Kontext 9/11	129

	Rn.
2. Terrorismus – Probleme der Begriffsdefinition und Zuordnung von Phänomenen . . . . .	133
3. Volumen und Erscheinungsformen der Terrorismusfinanzierung . . . . .	136
4. „Kosten“ von terroristischen Aktivitäten . . . . .	140
5. Praxis und rechtliche Problematik der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung durch Listings . . . . .	142
V. Die Entwicklung der Geldwäschebekämpfung vom rule based zum risk based approach . . . . .	151
VI. Geldwäschebekämpfung als Teil einer expandierenden Sicherheitsarchitektur . . . . .	160

**Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten  
(Geldwäschegesetz – GwG)**

**Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete**

**§ 1 Begriffsbestimmungen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Begriff der Geldwäsche (Abs. 1) . . . . .	7
III. Terrorismusfinanzierung (Abs. 2) . . . . .	10
1. Taten nach §§ 129a, 129b StGB und nach den Art. 3, 5–10 und 12 Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.3.2017 . . . . .	12
2. Begehung einer Tat nach § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) . . . . .	15
3. Anstiftung oder Beihilfe zu einer Tat nach Nummer 1 oder 2 . . . . .	19
IV. Identifizieren (Abs. 3) . . . . .	20
V. Geschäftsbeziehung (Abs. 4) . . . . .	26
1. Gewerbliche oder berufliche Aktivitäten der Verpflichteten . . . . .	27
2. Auf eine gewisse Dauer angelegt . . . . .	28
3. Verhältnis zu § 154 Abs. 2 AO . . . . .	30
VI. Transaktion (Abs. 5) . . . . .	34
VII. Trust (Abs. 6) . . . . .	39
VIII. Vermögensgegenstand (Abs. 7) . . . . .	42
IX. Glücksspiele im Internet (Abs. 8) . . . . .	44
X. Güterhändler (Abs. 9) . . . . .	49
XI. Hochwertige Güter (Abs. 10) . . . . .	52
XII. Immobilienmakler (Abs. 11) . . . . .	54
XIII. Politisch exponierte Personen (Abs. 12) . . . . .	57
XIV. Familienmitglied (Abs. 13) . . . . .	59
XV. Bekanntermaßen nahestehende Person (Abs. 14) . . . . .	61
XVI. Mitglied der Führungsebene (Abs. 15) . . . . .	62
XVII. Gruppe (Abs. 16) . . . . .	63
XVIII. Drittstaat (Abs. 17) . . . . .	65
XIX. E-Geld (Abs. 18) . . . . .	66
XX. Aufsichtsbehörde (Abs. 19) . . . . .	73
XXI. Zuverlässigkeit eines Mitarbeiters (Abs. 20) . . . . .	74
XXII. Korrespondenzbeziehung (Abs. 21) . . . . .	76
XXIII. Bank-Mantelgesellschaft (Abs. 22) . . . . .	78
XXIV. Kunstvermittler und Kunstlagerhalter (Abs. 23) . . . . .	79
XXV. Finanzunternehmen (Abs. 24) . . . . .	81
XXVI. Mutterunternehmen (Abs. 25) . . . . .	88

	Rn.
<b>§ 2 Verpflichtete, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines	1
II. Kreditinstitute (Abs. 1 Nr. 1)	3
1. Begriff der Kreditinstitute im Sinne des GwG	3
2. Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 KWG	10
a) Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 KWG)	14
b) Pfandbriefgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1a KWG)	15
c) Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG)	16
d) Diskontgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 KWG)	17
e) Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 KWG)	18
f) Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 KWG)	19
g) Tätigkeit als Zentralverwahrer (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 KWG)	20
h) Revolvinggeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 KWG)	21
i) Garantiegeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 KWG)	22
j) Scheck- und Wechseleinzugsgeschäft, Reisescheckgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 KWG)	23
k) Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 10 KWG)	24
l) Tätigkeit als zentrale Gegenpartei im Sinne von § 1 Abs. 31 KWG (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 12 KWG)	25
III. Finanzdienstleistungsinstitute (Abs. 1 Nr. 2)	26
1. Begriff der Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne des GwG	26
2. Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1a KWG	28
a) Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1 KWG)	33
b) Anlageberatung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1a KWG)	34
c) Betrieb eines multilateralen Handelssystems (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1b KWG) und Betrieb eines organisierten Handelssystems (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1d KWG)	37
d) Platzierungsgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1c KWG)	39
e) Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 2 KWG)	40
f) Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 3 KWG)	41
g) Eigenhandel (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 4 KWG)	42
h) Drittstaateneinlagenvermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 5 KWG)	43
i) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 6 KWG aF) und Kryptoverwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 6 KWG nF)	44
j) Sortengeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 7 KWG)	48
k) Ausgabe und Verwaltung von Kreditkarten und Reiseschecks (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 8 KWG aF)	49
l) Factoring (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 9 KWG)	50
m) Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 10 KWG)	57
n) Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 11 KWG)	64
o) Eingeschränktes Verwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 12 KWG)	68
IV. Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute nach § 1 Abs. 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes (Abs. 1 Nr. 3)	69
1. Institutsbegriff iSd § 1 Abs. 3 ZAG	69
2. Zahlungsinstitute iSv § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ZAG	72
a) Ein- und Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 ZAG)	74
b) Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ZAG)	76
c) Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ZAG)	82
d) Akquisitionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 ZAG)	83
e) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 ZAG)	87

	Rn.
f) Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 und 8 ZAG) . . . . .	92
3. E-Geld-Institute iSv § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 iVm Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZAG . . .	94
V. Agenten und E-Geld-Agenten iSd § 1 Abs. 9 und § 1 Abs. 10 ZAG (Abs. 1 Nr. 4) . . . . .	96
VI. Selbstständige Gewerbetreibende (Abs. 1 Nr. 5) . . . . .	102
VII. Finanzunternehmen (Abs. 1 Nr. 6) . . . . .	110
1. Begriff . . . . .	110
2. Geschäftsaktivitäten . . . . .	111
VIII. Versicherungsunternehmen (Abs. 1 Nr. 7) . . . . .	119
1. Fallgestaltungen . . . . .	120
2. Produkte . . . . .	122
3. Anwendungsbereich . . . . .	126
4. §§ 52 ff. VAG . . . . .	130
IX. Versicherungsvermittler (Abs. 1 Nr. 8) . . . . .	133
X. (Kapital-)verwaltungsgesellschaften (Abs. 1 Nr. 9) . . . . .	140
XI. Rechtsanwälte, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte sowie Notare (Abs. 1 Nr. 10) . . . . .	144
XII. Nicht verkammerte Rechtsbeistände und registrierte Personen iSv § 10 RDG (Abs. 1 Nr. 11) . . . . .	156
XIII. Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Dienstleister in Steuerangelegenheiten (Abs. 1 Nr. 12) . . . .	162
XIV. Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen und Treuhänder (Abs. 1 Nr. 13) . . . . .	168
XV. Immobilienmakler (Abs. 1 Nr. 14) . . . . .	171
XVI. Veranstalter und Vermittler von Glücksspiel (Abs. 1 Nr. 15) . . . . .	175
XVII. Güterhändler, Kunstvermittler und Kunstlagerhalter (Abs. 1 Nr. 16) . . . .	182
XVIII. Verordnungsermächtigung (Abs. 2) . . . . .	186
XIX. Versteigerungen der öffentlichen Hand (Abs. 3 und 4) . . . . .	188

**§ 3 Wirtschaftlich Berechtigter**

I. Begriff (Abs. 1) . . . . .	1
II. Juristische Personen und sonstige Gesellschaften (Abs. 2) . . . . .	5
1. Allgemeines . . . . .	5
2. Fallkonstellationen . . . . .	7
a) Eigentümergeleiche Stellung bzw. Kontrolle . . . . .	7
b) Kontrollbegriff und Vermutungsregel bei Gesellschaften, jur. Personen und Personenmehrheiten . . . . .	8
III. Rechtsfähige Stiftungen und weitere Rechtsgestaltungen (Abs. 3) . . . . .	15
1. Allgemeines . . . . .	15
2. Fallkonstellationen . . . . .	17
IV. Handeln auf Veranlassung (Abs. 4) . . . . .	23

**Abschnitt 2. Risikomanagement**

**§ 4 Risikomanagement**

I. Allgemeines/Novellierung von Abs. 4 und 5 . . . . .	1
II. Risikomanagement (§ 4 Abs. 1 GwG, § 4 Abs. 2 GwG) . . . . .	3
1. Wirksamkeit des Risikomanagements . . . . .	4
2. Angemessenheit des Risikomanagements . . . . .	8
III. Verantwortlichkeit der Leitungsebene, Abs. 3 . . . . .	9



**§ 5 Risikoanalyse**

I. Allgemeines	1
II. Ermittlung und Bewertung von Risiken (§ 5 Abs. 1 GwG)	6
1. Risikofaktoren (§ 5 Abs. 1 S. 2 GwG)	8
2. Berücksichtigung der Informationen aus der nationalen Risikoanalyse (§ 5 Abs. 1 S. 2 GwG)	13
3. Aufbau und Umfang der Risikoanalyse (§ 5 Abs. 1 S. 3 GwG)	14
III. Pflichten in Bezug auf die Risikoanalyse	15
1. Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 GwG)	16
a) Anwendungsbereich	17
b) Umfang der Dokumentationspflicht	18
2. Überprüfung und Aktualisierung (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 GwG)	19
IV. Befreiung von der Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 4 GwG)	20

**§ 6 Interne Sicherungsmaßnahmen**

I. Allgemeines (Abs. 1)	1
II. Interne Sicherungsmaßnahmen (Abs. 2)	3
1. Ausarbeitung interner Grundsätze, Verfahren und Kontrollen (Abs. 2 Nr. 1)	4
2. Geldwäschebeauftragter nach § 7 GwG (Abs. 2 Nr. 2)	6
3. Gruppenweite Verfahren nach § 9 (Abs. 2 Nr. 3)	8
4. Verhinderung des Missbrauchs neuer Technologien (Abs. 2 Nr. 4)	9
5. Zuverlässigkeitsprüfung (Abs. 2 Nr. 5)	11
6. Unterrichtungspflicht (Abs. 2 Nr. 6)	13
7. Unabhängige Prüfung (Abs. 2 Nr. 7)	18
III. Besondere Anforderungen an Glücksspielbetriebe und -Vermittler (Abs. 4)	19
IV. Vertraulichkeit der Identität bei Meldung von Verdachtsfällen (Abs. 5)	21
V. Vorkahrungen zur Auskunftserteilung (Abs. 6)	22
VI. Durchführung durch einen Dritten (Abs. 7)	24
VII. Ermächtigung der Aufsichtsbehörde im Einzelfall (Abs. 8 und 9)	28

**§ 7 Geldwäschebeauftragter**

I. Allgemeines	1
II. Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten (Abs. 2)	7
III. Ermächtigung der Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	9
IV. Bestellung und Entpflichtung (Abs. 4)	10
V. Pflichten, Kompetenzen und Ausstattung des Geldwäschebeauftragten (Abs. 5)	13
VI. Umgang mit Daten und Informationen (Abs. 6)	20
VII. Der Geldwäschebeauftragte als Arbeitnehmer (Abs. 7)	21

**§ 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht**

I. Allgemeines	1
1. Umfang der Novellierung	1
2. Ratio der Aufbewahrungspflicht	2
3. Anwendungsbereich	4
4. Umfang der Aufzeichnungspflicht	5
II. Art der Aufzeichnung von Identitätsnachweisen des Vertragspartners, für diesen auftretender Personen oder wirtschaftlich Berechtigter (Abs. 2)	10

	Rn.
III. Digitale Speicherung (Abs. 3) . . . . .	13
IV. Aufbewahrungsfrist und Vernichtung (Abs. 4) . . . . .	18
V. Vorlage bei einer öffentlichen Stelle (Abs. 5) . . . . .	20

**§ 9 Gruppenweite Pflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verpflichtete . . . . .	4
III. Gruppenweite Pflichten (Abs. 1) . . . . .	5
IV. Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in anderen EU-Staaten (Abs. 2) . . . . .	11
V. Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in Drittstaaten (Abs. 3) . . . . .	12
VI. Umsetzung gruppenweiter Pflichten durch gruppenangehörige Verpflichtete (Abs. 4, 5) . . . . .	15
VII. Bußgeldvorschriften . . . . .	16

**Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden**

**§ 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Allgemeine Sorgfaltspflichten (Abs. 1) . . . . .	5
1. Identifizierung des Vertragspartners (Abs. 1 Nr. 1) . . . . .	7
2. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1 Nr. 2) . . . . .	13
a) Abklärung bei natürlichen Personen . . . . .	17
b) Abklärung bei juristischen Personen und Personengesellschaften . . . . .	19
3. Ermittlung des Geschäftszweckes (Abs. 1 Nr. 3) . . . . .	21
4. Feststellung der politisch exponierten Person (Abs. 1 Nr. 4) . . . . .	26
5. Überwachung der Geschäftsbeziehung (Abs. 1 Nr. 5) . . . . .	29
III. Risikoorientierte Bestimmung des Maßnahmenumfangs (Abs. 2) . . . . .	38
1. Risikofaktoren nach Anlage 1 und 2 des Geldwäschegesetzes . . . . .	42
2. Risikoeinstufung und Kernsorgfaltspflichten . . . . .	52
3. Errichtung interner Kontrollen . . . . .	54
4. Darlegungspflicht (§ 10 Abs. 2 S. 4 GwG) . . . . .	57
IV. Pflichtauslösende Ereignisse (Abs. 3) . . . . .	58
1. Begründung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 3 Nr. 1) . . . . .	59
2. Transaktionen außerhalb einer dauerhaften Geschäftsbeziehung (Abs. 3 Nr. 2) . . . . .	63
a) Sorgfaltspflichten auslösende Geschäftsvorfälle . . . . .	69
b) Verdacht auf Smurfing . . . . .	88
3. Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (Abs. 3 Nr. 3) . . . . .	92
4. Zweifel über Identitätsangaben (Abs. 3 Nr. 4) . . . . .	100
V. Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten (Abs. 3a) . . . . .	103
VI. Erbringung von Zahlungsdiensten (Abs. 4) . . . . .	105
VII. Identifizierungspflicht der Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen (Abs. 5) . . . . .	108
VIII. Von Immobilienmaklern zu erfüllende Sorgfaltspflichten (Abs. 6) . . . . .	112
IX. Von Güterhändler und Kunstvermittler und Kunstlagerhalter zu erfüllende Sorgfaltspflichten (Abs. 6a) . . . . .	115
X. Ausgabe von E-Geld (Abs. 7) . . . . .	121
XI. Mitteilungspflicht der Versicherungsvermittler (Abs. 8) . . . . .	124
XII. Beendigungsverpflichtung (Abs. 9) . . . . .	129

**§ 11 Identifizierung**

I. Allgemeines	1
II. Zeitpunkt der Identifizierung (§ 11 Abs. 1 GwG iVm § 25j KWG, § 54 VAG)	3
III. Maklervertrag (Abs. 2)	8
IV. Absehen von Identifizierung (Abs. 3)	10
V. Erhebung von Angaben zur Identifizierung (Abs. 4)	17
VI. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 5)	18
1. Feststellung und Verifizierung der Identität	21
2. Sonderfälle	28
VII. Identifizierung bei Erwerbsvorgang nach § 1 des Grunderwerbsteuergesetzes (Abs. 5a)	42
VIII. Mitwirkungspflicht des Vertragspartners (Abs. 6)	43
IX. Mitwirkungspflicht von Verwalter von Trusts und anderen Rechtsgestaltungen nach § 21 GwG (Abs. 7)	49

**§ 11a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflichtete**

**§ 12 Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung**

I. Identitätsüberprüfung bei natürlichen Personen (Abs. 1)	1
II. Identitätsüberprüfung bei juristischen Personen (Abs. 2)	17
III. Verordnungsermächtigung (Abs. 3)	21

**§ 13 Verfahren zur Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung**

I. Allgemeines	1
II. Verfahren (Abs. 1)	2
III. Verordnungsermächtigung (Abs. 2)	4

**§ 14 Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung**

I. Allgemeines	1
II. Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Abs. 1)	5
III. Reduzierung von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	8
IV. Erfüllbarkeit vereinfachter Sorgfaltspflichten (Abs. 3)	11
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 4)	12
VI. Verordnung (EU) 2015/8472 – Geldtransferverordnung (Abs. 5)	13

**§ 15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung**

I. Allgemeines	1
II. Übergreifende Regelungen zu verstärkten Sorgfaltspflichten (Abs. 1, 2, 9 und 10)	3
III. Politisch exponierte Personen	7
1. Hintergründe der Regelung	8
2. Erfasster Personenkreis	9
3. Die verstärkten Sorgfaltspflichten	17
a) Zustimmung zur Begründung der Geschäftsbeziehung	18
b) Bestimmung der Herkunft von Vermögenswerten	21
c) Verstärkte kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung	24
4. Bewertung der Regelungen zu politisch exponierten Personen	27
IV. Hochrisiko-Drittstaaten	31
V. Hochrisiko-Transaktionen	33

	R.n.
VI. Korrespondenzbeziehungen . . . . .	35
VII. Sonstige Fälle höheren Risikos (Abs. 8) . . . . .	45
VIII. Videoidentifizierungsverfahren . . . . .	47
IX. Bußgeldvorschriften . . . . .	48

**§ 16 Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verpflichtete der Norm; Sorgfaltspflichten . . . . .	6
III. Spielerkonto, Zahlungsströme, Identifizierung . . . . .	7
IV. Bußgeldvorschriften . . . . .	13

**§ 17 Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte,  
vertragliche Auslagerung**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Kreis der kraft Gesetzes zuverlässigen Dritten (Abs. 1) . . . . .	5
III. Drittstaaten mit hohem Risiko (Abs. 2) . . . . .	9
IV. Voraussetzung des Rückgriffs auf Dritte (Abs. 3, 3a) . . . . .	10
V. Erfüllungsfiktion (Abs. 4) . . . . .	16
VI. Übertragung auf andere geeignete Personen und Unternehmen (Abs. 5) . . . . .	18
VII. Beeinträchtigungen (Abs. 6) . . . . .	23
VIII. Zuverlässigkeit der Personen oder der Unternehmen (Abs. 7) . . . . .	24
IX. Vereinbarung nach Absatz 5 mit deutschen Botschaften, Auslandshandelskammern oder Konsulaten (Abs. 8) . . . . .	26
X. § 25b KWG (Abs. 9) . . . . .	28

**Abschnitt 4. Transparenzregister**

**§ 18 Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Einrichtung eines Transparenzregisters (Abs. 1) . . . . .	4
III. Hoheitliche Aufgabe des Bundes (Abs. 2) . . . . .	5
IV. Aufklärungsmöglichkeiten der registerführenden Stelle (Abs. 3) . . . . .	6
V. Übermittlung von Unterlagen (Abs. 3a) . . . . .	7
VI. Ausdruck von Daten (Abs. 4) . . . . .	8
VII. Informationssicherheitskonzept (Abs. 5) . . . . .	10
VIII. Verordnungsermächtigung (Abs. 6) . . . . .	11

**§ 19 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten**

I. Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1) . . . . .	1
II. Verweis auf § 3 GwG (Abs. 2) . . . . .	3
III. Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses (Abs. 3) . . . . .	7

**§ 20 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen**

I. Juristische Personen des Privatrechts und eingetragene Personengesellschaften (Abs. 1) . . . . .	1
1. Erfasste Vereinigungen und Rechtsgestaltung . . . . .	4
2. Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten und zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses . . . . .	6
II. Kenntniserlangung von Änderungen (Abs. 1a) . . . . .	9

	Rn.
III. Anderweitige Dokumente und Registereintragungen (Abs. 2) . . . . .	10
1. Handelsregister (§ 8 HGB) . . . . .	14
2. Partnerschaftsregister (§ 5 Partnerschaftsgesellschaftsgesetz) . . . . .	17
3. Genossenschaftsregister (§ 10 Genossenschaftsgesetz) . . . . .	18
4. Vereinsregister (§ 55 BGB) . . . . .	20
5. Unternehmensregister (§ 8b Abs. 2 HGB) . . . . .	22
IV. Mitteilung von Änderungen (Abs. 3 und 4) . . . . .	24
V. Auskunftersuchen der Anteilseigner einer Vereinigung (Abs. 3a) . . . . .	28
VI. Mitteilungspflicht der Anteilseigner einer Vereinigung (Abs. 3b) . . . . .	29
VII. Befugnisse der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und der Aufsichtsbehörden (Abs. 5) . . . . .	30

**§ 21 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen**

I. Verwalter von Trusts (Trustees) mit Wohnsitz oder Sitz in Deutschland (Abs. 1) . . . . .	1
II. Mitteilungen an die registerführende Stelle (Abs. 1a und 1b) . . . . .	5
III. Treuhänder mit Wohnsitz oder Sitz in Deutschland (Abs. 2) . . . . .	8
IV. Befugnisse der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und der Aufsichtsbehörden (Abs. 3) . . . . .	11
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 4) . . . . .	12

**§ 22 Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das  
Transparenzregister, Verordnungsermächtigung**

I. Zugängliche Dokumente (Abs. 1) . . . . .	1
II. Übermittlung der Indexdaten (Abs. 2) . . . . .	4
III. Verordnungsermächtigung (Abs. 3) . . . . .	5
IV. Verordnungsermächtigung (Abs. 4) . . . . .	8

**§ 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister,  
Verordnungsermächtigung**

I. Einsichtnahme (Abs. 1) . . . . .	1
II. Beschränkung auf Antrag (Abs. 2) . . . . .	7
III. Online-Registrierung und Protokollierung (Abs. 3) . . . . .	11
IV. Suchfunktion (Abs. 4) . . . . .	13
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 5) . . . . .	15
VI. Antrag auf Auskunft (Abs. 6) . . . . .	16

**§ 23a Meldung von Unstimmigkeiten an die registerführende Stelle**

I. Meldung von Unstimmigkeiten (Abs. 1 und 2) . . . . .	1
II. Prüfpflicht der registerführenden Stelle (Abs. 3) . . . . .	4
III. Weitergabe der Unstimmigkeitsmeldung (Abs. 4) . . . . .	5
IV. Information des Erstatters der Unstimmigkeitsmeldung (Abs. 5) . . . . .	6
V. Vermerk auf dem Registerauszug (Abs. 6) . . . . .	7

**§ 24 Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung**

I. Gebühren und Auslagen (Abs. 1, 2 und 2a) . . . . .	1
II. Verordnungsermächtigung (Abs. 3) . . . . .	5

	Rn.
<b>§ 25 Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Verordnungsermächtigung für die Beleihung (Abs. 1) . . . . .	1
II. Voraussetzung der Beleihung (Abs. 2) . . . . .	4
III. Dauer der Beleihung (Abs. 3) . . . . .	6
IV. Führung des kleinen Bundessiegels (Abs. 4) . . . . .	8
V. Gebührenerhebung (Abs. 5) . . . . .	10
VI. Fach- und Rechtsaufsicht (Abs. 6) . . . . .	13
VII. Anderweitige Übertragung der Zuständigkeit (Abs. 7) . . . . .	16
<b>§ 26 Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Europäisches System der Registervernetzung (Abs. 1) . . . . .	1
II. Vernetzung mit Registern anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Abs. 2) . . . . .	3
III. Löschung von Daten (Abs. 3) . . . . .	4
IV. Verordnungsermächtigung (Abs. 4) . . . . .	5
<b>§ 26a Abruf durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und die Strafverfolgungsbehörden</b>	
I. Übermittlung an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen . .	1
II. Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit . . . . .	2
<b>Vorbemerkungen zu Abschnitt 5 – Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen</b>	
I. Historie . . . . .	1
II. Verlagerung der FIU vom BKA zur Generalzolldirektion durch das Gesetz zur Umsetzung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie . . . . .	4
III. Kritik . . . . .	7
1. Ressortverlagerung und Ausgestaltung als administrative Behörde . . . . .	7
2. Personalausstattung . . . . .	10
3. Bearbeitungsrückstände . . . . .	14
4. Bearbeitungsdauer . . . . .	17
5. Fehlende Dateizugriffe . . . . .	19
6. Filterfunktion . . . . .	22
7. Kritik an der Arbeitsqualität . . . . .	25
8. Ergänzende Anmerkungen . . . . .	26
9. Fazit . . . . .	28
IV. Europäische Entwicklungen . . . . .	31
<b>Abschnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen</b>	
<b>§ 27 Zentrale Meldestelle</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen als zentrale Meldestelle (Abs. 1) . . . . .	5
III. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Zentralstelle für Finanz- transaktionsuntersuchungen (Abs. 2) . . . . .	6

	Rn.
<b>§ 28 Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit</b>	
I. Allgemeines	1
II. Aufgaben der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 1)	2
Nr. 1: Entgegennahme und Sammlung von Meldungen nach diesem Gesetz	3
Nr. 2: Durchführung von operativen Analysen einschließlich der Bewertung von Meldungen und sonstigen Informationen,	4
Nr. 3: Informationsaustausch und die Koordinierung mit inländischen Aufsichtsbehörden	7
Nr. 4: Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit zentralen Meldestellen anderer Staaten	10
Nr. 5: Untersagung von Transaktionen und Anordnung von sonstigen Sofortmaßnahmen	11
Nr. 6: Übermittlung der sie betreffenden Ergebnisse der operativen Analyse nach Nummer 2 und zusätzlicher relevanter Informationen an die zuständigen inländischen öffentlichen Stellen	12
Nr. 7: Rückmeldung an den Verpflichteten, der eine Meldung nach § 43 Abs. 1 abgeben hat	14
Nr. 8: Durchführung von strategischen Analysen und Erstellung von Berichten aufgrund dieser Analysen	15
Nr. 9: Austausch mit den Verpflichteten sowie mit den inländischen Aufsichtsbehörden und für die Aufklärung, Verhinderung oder Verfolgung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zuständigen inländischen öffentlichen Stellen insbesondere über entsprechende Typologien und Methoden	18
Nr. 10: Erstellung von Statistiken zu den in Artikel 44 Abs. 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 genannten Zahlen und Angaben	19
Nr. 11: Veröffentlichung eines Jahresberichts über die erfolgten operativen Analysen	20
Nr. 12: Teilnahme an Treffen nationaler und internationaler Arbeitsgruppen	21
Nr. 13: Wahrnehmung weiterer übertragener Aufgaben	22
III. Aufsicht über die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 2)	23
IV. Zusammenarbeit mit den zuständigen inländischen Behörden (Abs. 3)	24
V. Information der für das Besteuerungsverfahren oder den Schutz der sozialen Sicherungssysteme zuständigen Behörden (Abs. 4)	27
<b>§ 29 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen</b>	
I. Vorbemerkungen	1
II. Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 1)	10
III. Datenabgleich (Abs. 2)	21
IV. Verarbeitung zu Fortbildungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Abs. 3)	22
<b>§ 30 Entgegennahme und Analyse von Meldungen</b>	
I. Allgemeines	1
II. Entgegennahme und Verarbeitung von Meldungen (Abs. 1)	3
III. Operative Analyse von Meldungen (Abs. 2)	10
IV. Einholung von Informationen von Verpflichteten (Abs. 3)	17

	Rn.
<b>§ 31 Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht</b>	
I. Allgemeines	1
II. Datenerhebung bei inländischen öffentlichen Stellen (Abs. 1)	3
III. Pflicht der angefragten Stellen zur unverzüglichen Beantwortung (Abs. 2)	5
IV. Automatisierte Datenübermittlung (Abs. 3)	6
V. Automatisierter Abgleich mit Daten im polizeilichen Informationsverbund (Abs. 4)	12
1. Allgemeines	12
2. Abgleich mit Daten, die im polizeilichen Informationsverbund gespeichert sind (S. 1)	14
3. Differenzierung hinsichtlich der betroffenen Daten („Mischmodell“) (S. 2–5)	16
4. Einrichtung eines weitergehenden automatisierten Abrufverfahrens (S. 7)	19
VI. Automatisierte Auskunft aus dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister (Abs. 4a)	20
1. Allgemeines	20
2. Automatisierte Abfrage unter Angabe spezifischer Parameter (S. 1)	20d
3. Automatisierter Abruf der Daten im Trefferfall (S. 2)	20e
4. Verwendungsbeschränkung (S. 3)	20f
VII. Auskunftspflicht der Finanzbehörden (Abs. 5)	21
VIII. Kontoabrufverfahren nach § 24c KWG (Abs. 6)	24
IX. Datenabruf bei Meldebehörden (Abs. 7)	29
<b>§ 32 Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen</b>	
I. Allgemeines	1
II. Datenübermittlung an das Bundesamt für Verfassungsschutz (Abs. 1)	6
III. Datenübermittlung an die Strafverfolgungsbehörden, den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz bei Verdacht auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder eine sonstige Straftat (Abs. 2)	10
IV. Datenübermittlung an inländische Behörden in sonstigen Fällen (Abs. 3)	18
1. Datenübermittlung auf Ersuchen der Strafverfolgungsbehörden, des Bundesamts für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes oder des Militärischen Abschirmdienstes (S. 1)	18
2. Datenübermittlung zum Zwecke der Durchführung eines Besteuerungsverfahrens, für Verfahren zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme und für die Aufgabenwahrnehmung der Aufsichtsbehörden (S. 2)	21
V. Automatisierter Datenabruf der Strafverfolgungsbehörden und des Bundesamts für Verfassungsschutz (Abs. 4)	26
VI. Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 5)	29
VII. Datenübermittlung der Strafverfolgungsbehörde an die zuständige Finanzbehörde bei Einleitung eines Strafverfahrens (Abs. 6)	33
VIII. Verwendungsbeschränkung, Zweckänderung (Abs. 7)	38
<b>§ 33 Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union</b>	
I. Allgemeines	1
II. Grundsätze der zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährende Zusammenarbeit (Abs. 1)	5
III. Datenübermittlung im internationalen Bereich (Abs. 2)	13



	Rn.
IV. Auskunftsersuchen an zentrale Meldestellen anderer Staaten zu in Deutschland tätigen Verpflichteten (Abs. 3) . . . . .	15
V. Ablehnung eingehender Ersuchen anderer zentraler Meldestellen eines EU-Mitgliedstaates (Abs. 4) . . . . .	16
VI. Verwendungs- und Weiterleitungsbeschränkungen bei der Beantwortung ausländischer Auskunftsersuchen (Abs. 5) . . . . .	23
VII. Benennung einer zentralen Kontaktstelle (Abs. 6) . . . . .	27

**§ 34 Informationsersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit**

**§ 35 Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Weiterleitung von Verdachtsmeldungen an zentrale Meldestellen anderer Staaten (Abs. 1) . . . . .	3
III. Beantwortung von Ersuchen ausländischer zentraler Meldestellen (Abs. 2) . . . . .	5
IV. Anforderungen an eingehende Ersuchen (Abs. 3) . . . . .	11
V. Sonstige Datenübermittlungen an ausländische zentrale Meldestellen (Abs. 4) . . . . .	17
VI. Datenschutzrechtliche Prüfpflicht (Abs. 5) . . . . .	19
VII. Verwertungsbeschränkungen (Abs. 6) . . . . .	20
VIII. Hinderungsgründe für die Datenübermittlung (Abs. 7) . . . . .	21
IX. Regelbeispiele für ein Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 8) . . . . .	26
X. Darlegung der Ablehnungsgründe (Abs. 9) . . . . .	29
XI. Dokumentation und Aufbewahrung (Abs. 10) . . . . .	33

**§ 36 Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund**

**§ 37 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Berichtigung unrichtig gespeicherter personenbezogener Daten (Abs. 1) . . . . .	3
III. Löschung gespeicherter personenbezogener Daten (Abs. 2) . . . . .	8
IV. Einschränkung der Verarbeitung der gespeicherten personenbezogenen Daten (Abs. 3) . . . . .	11
V. Prüffristen bei der Datenaussonderung (Abs. 4 und 5) . . . . .	18
VI. Datenschutzrechtliche Prüfung bei der Datenübermittlung (Abs. 6) . . . . .	20
VII. Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 7) . . . . .	24

**§ 38 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Dokumentationspflicht bei Feststellung unrichtiger Daten (Abs. 1) . . . . .	3
III. Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 2) . . . . .	4
IV. Pflicht zur Vernichtung von Unterlagen (Abs. 3 und 4) . . . . .	6
V. Abgabe an das zuständige Archiv bei bleibendem Wert der Unterlagen (Abs. 5) . . . . .	8

	Rn.
VI. Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 6) . . . . .	9
<b>§ 39 Errichtungsanordnung</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Pflicht zum Erlass von Errichtungsanordnungen; Zustimmungs- und Anhörungspflichten (Abs. 1) . . . . .	3
III. Vorgaben für den Inhalt der Errichtungsanordnungen (Abs. 2) . . . . .	5
IV. Kompetenz der Generalzolldirektion zur Sofortanordnung in eilbedürftigen Fällen (Abs. 3) . . . . .	7
V. Turnusmäßige Prüfpflichten (Abs. 4) . . . . .	8
<b>§ 40 Sofortmaßnahmen</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Befugnis zur Anordnung von Sofortmaßnahmen (Abs. 1) . . . . .	6
III. Sofortmaßnahmen aufgrund des Ersuchens einer zentralen Meldestelle eines anderen Staates (Abs. 2) . . . . .	12
IV. Aufhebung von Sofortmaßnahmen (Abs. 3) . . . . .	17
V. Dauer von Sofortmaßnahmen (Abs. 4) . . . . .	21
VI. Freigabe von Vermögensgegenständen auf Antrag (Abs. 5) . . . . .	25
VII. Rechtsmittel gegen Sofortmaßnahmen (Abs. 6) . . . . .	30
<b>§ 41 Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Eingangsbestätigung (Abs. 1) . . . . .	5
III. Rückmeldung zur Relevanz der Meldung (Abs. 2) . . . . .	8
1. Vorbemerkungen . . . . .	8
2. Rückmeldungen zur Relevanz der Meldung (S. 1) . . . . .	11
3. Verwertungsbeschränkung und Löschverpflichtung (S. 2 und 3) . . . . .	15
<b>§ 42 Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Rückmeldepflicht der Staatsanwaltschaft in Strafverfahren (Abs. 1) . . . . .	5
III. Rückmeldepflicht sonstiger inländischer öffentlicher Stellen (Abs. 2) . . . . .	13
<b>Vorbemerkung zu Abschnitt 6 – Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Zur Wirksamkeit des Verdachtsmeldewesens . . . . .	7
1. Vorbemerkung . . . . .	7
2. FIU-Statistik . . . . .	9
3. Strafverfolgungsstatistik . . . . .	13
4. Fazit . . . . .	16

## Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten

### § 43 Meldepflicht von Verpflichteten, Verordnungsermächtigung

I. Vorbemerkungen	1
1. Historie	1
2. Rechtsnatur von Meldungen nach §§ 43, 44	5
3. Verhältnis zu Strafanzeigen und anderen Anzeige-/Meldepflichten	9
II. Meldepflichten (Abs. 1)	14
1. Allgemeines	14
2. „Liegen Tatsachen vor, die darauf hindeuten, dass“	16
a) Der Verdachtsgrad	16
b) Verdachtsschöpfung	26
3. Die einzelnen Meldepflichten	32
a) Verdacht auf Geldwäsche (Abs. 1 Nr. 1)	32
b) Verdacht auf Terrorismusfinanzierung (Abs. 1 Nr. 2)	40
c) Verstoß gegen Offenlegungspflicht (Abs. 1 Nr. 3)	48
4. Unabhängigkeit vom Wert des betroffenen Vermögensgegenstandes oder der Transaktionshöhe	53
5. Unverzüglichkeit der Verdachtsmeldung	54
6. Adressat der Verdachtsmeldung	57
III. Sonderregelungen bei Rechtsberatung oder Prozessvertretung (Abs. 2)	62
1. Vorbemerkung	62
2. Befreiung von der Meldepflicht bei Rechtsberatung oder Prozessvertretung (Abs. 2 S. 1)	67
3. Rückausnahme 1: Missbrauch der Rechtsberatung oder Prozessvertretung für Zwecke der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung oder einer anderen Straftat (Abs. 2 S. 2 Alt. 1)	71
4. Rückausnahme 2: Fall des Abs. 6 – durch Rechtsverordnung bestimmte meldepflichtige Sachverhalte bei Erwerbsvorgängen nach § 1 GrErwStG (Abs. 2 S. 2 Alt. 2)	77a
IV. Meldepflicht für internationale Verpflichtete (Abs. 3)	78
V. Verhältnis der Meldung zur Selbstanzeige nach § 261 Abs. 9 StGB (Abs. 4)	79
VI. Bestimmung typisierter Transaktionen durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 5)	82
VII. Verordnungsermächtigung (Abs. 6)	83

### § 44 Meldepflicht von Aufsichtsbehörden

I. Allgemeines	1
II. Meldepflicht der Aufsichtsbehörden (Abs. 1)	5
III. Meldepflicht der für die Überwachung der Aktien-, Devisen- und Finanzderivatemärkte zuständigen Behörden (Abs. 2)	8

### § 45 Form der Meldung, Ausführung durch Dritte, Registrierungspflicht, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines	1
II. Pflicht zur elektronischen Meldung und Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 1 und 3)	6
III. Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2)	10
IV. Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4)	12

	Rn.
V. Ausnahmegenehmigung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei unbilliger Härte (Abs. 2) . . . . .	14
VI. Pflicht zur Verwendung des amtlichen Vordrucks bei Übermittlung auf dem Postweg (Abs. 3) . . . . .	17
VII. Möglichkeit der Ausführung durch Dritte (Abs. 4) . . . . .	18
VIII. Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen (Abs. 5) . . . . .	19

**§ 46 Durchführung von Transaktionen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Anhaltspflicht („Fristfallregelung“) (Abs. 1) . . . . .	3
1. Allgemeines . . . . .	3
2. Durchführung der Transaktion bei Zustimmung der FIU oder der Staatsanwaltschaft . . . . .	7
3. Durchführung der Transaktion nach Fristablauf . . . . .	9
III. Ausnahmeregelung („Eilfallregelung“) (Abs. 2) . . . . .	13

**§ 47 Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verbot der Informationsweitergabe (Abs. 1) . . . . .	3
III. Ausnahmen vom Verbot der Informationsweitergabe (Abs. 2) . . . . .	12
1. Übermittlung an staatliche Stellen (S. 1 Nr. 1) . . . . .	14
2. Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3 und 6–8, die derselben Gruppe angehören (S. 1 Nr. 2) . . . . .	16
3. Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3 und 6–8 und ihren nachgeordneten Gruppenunternehmen in Drittstaaten (S. 1 Nr. 3) . . . . .	18
4. Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 10–12 (S. 1 Nr. 4) . . . . .	20
5. Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3, 6, 7, 9, 10 und 12 in Fällen, die sich auf denselben Vertragspartner und dieselbe Transaktion beziehen (S. 1 Nr. 5) . . . . .	23
6. Verwendungsvorbehalt (S. 2) . . . . .	25
IV. Verschwiegenheitsverpflichtung für andere staatliche Stellen (Abs. 3) . . . . .	26
V. Sonderregelung für rechts- und wirtschaftsberatende Berufe (Abs. 4) . . . . .	29
VI. Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–9 (Abs. 5) . . . . .	32
VII. Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 6) . . . . .	36

**§ 48 Freistellung von der Verantwortlichkeit**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Freistellung von der Verantwortlichkeit für den Meldenden bzw. Anzeigenden (Abs. 1) . . . . .	5
III. Geltung für unternehmensinterne Meldungen und Auskunftsverlangen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 2) . . . . .	11

**§ 49 Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Auskunft an den Betroffenen bei noch laufender operativer Analyse (Abs. 1) . . . . .	12
III. Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn von einer Weiterleitung an Strafverfolgungsbehörden abgesehen wurde (Abs. 2) . . . . .	18

	Rn.
IV. Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn der Sachverhalt an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurde (Abs. 3) . . . . .	23
V. Schutz von Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verpflichteten stehen (Abs. 4) . . . . .	25
VI. Recht der Beschwerde (Abs. 5) . . . . .	28

## **Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz**

### **§ 50 Zuständige Aufsichtsbehörde**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Die zuständigen Behörden . . . . .	3

### **§ 51 Aufsicht**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Ausübung der Aufsicht (Abs. 1) . . . . .	3
III. Maßnahmen und Anordnungen (Abs. 2) . . . . .	4
IV. Durchführung von Prüfungen (Abs. 3) . . . . .	5
V. Kostenerhebung (Abs. 4) . . . . .	7
VI. Untersagung der Geschäfts- oder Berufsausübung (Abs. 5) . . . . .	8
VII. Abhilfeszuständigkeit in Eilfällen (Abs. 5a) . . . . .	9
VIII. Spezielle Zuständigkeit für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 GwG (Abs. 5b) . . . . .	10
IX. Sonderzuständigkeit (Abs. 6) . . . . .	11
X. Zusätzliche Auskunftsmöglichkeiten im Kontext des Glücksspiels (Abs. 7) . . . . .	12
XI. Auslegungs- und Anwendungshinweise (Abs. 8) . . . . .	13
XII. Dokumentationspflichten der Aufsichtsbehörden (Abs. 9) . . . . .	14
XIII. Unterrichtungspflichten (Abs. 10) . . . . .	17
XIV. Bußgeldvorschriften . . . . .	18

### **§ 51a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Aufsichtsbehörden**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	2

### **§ 52 Mitwirkungspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Auskünfte und Prüfungen durch die zuständigen Behörden (Abs. 1–3, 6) . . . . .	3
III. Auskunftsverweigerungsrechte (Abs. 4, 5) . . . . .	5
IV. Bußgeldvorschriften . . . . .	7

### **§ 53 Hinweise auf Verstöße**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. System zur Annahme von Hinweisen potenzieller oder tatsächlicher Verstöße (Abs. 1 und Abs. 2) . . . . .	2
III. Umgang mit personenbezogenen Daten des Betroffenen und des Hinweisgebers (Abs. 2–4) . . . . .	4
IV. Benachteiligungsschutz für den Hinweisgeber (Abs. 5) . . . . .	7
V. Beschwerdeverfahren für den Hinweisgeber (Abs. 5a) . . . . .	8

	R.n.
VI. Ausschluss der Einschränkung von Rechten der Hinweisgeber (Abs. 6) . . . . .	9
VII. Keine Beschränkung von Verfahrensrechten Betroffener (Abs. 7) . . . . .	10
<b>§ 54 Verschwiegenheitspflicht</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Befugnis zum Offenbaren oder für eine Verwertung von dienstlich erlangten Tatsachen (§ 54 Abs. 3) . . . . .	3
III. Weitergabe von Tatsachen (§ 54 Abs. 4) . . . . .	10
<b>§ 55 Zusammenarbeit mit anderen Behörden</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Grundsatz der umfassenden Zusammenarbeit (Abs. 1) . . . . .	3
III. Übermittlung der Daten aus der Gewerbeanzeige an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 2) . . . . .	5
IV. Übermittlung der Daten aus der FinVermV und der VersVermV an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 3) . . . . .	8
V. Weitergehende Befugnisse der Aufsichtsbehörden zur Datenverarbeitung (Abs. 4) . . . . .	12
VI. Koordination von Maßnahmen in grenzüberschreitenden Fällen (Abs. 5) . . . . .	13
VII. Datenübermittlung an Europäische Aufsichtsbehörden über Finanzinstitute (Abs. 6) . . . . .	14
VIII. Beschränkungen des Informationsaustauschs mit Aufsichtsbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten (Abs. 7) . . . . .	20
IX. Kooperationsvereinbarungen mit Aufsichtsbehörden von Drittstaaten (Abs. 8) . . . . .	25
<b>§ 56 Bußgeldvorschriften</b>	
I. Allgemeines . . . . .	1
1. Hintergründe und Historie . . . . .	1
2. Grundzüge des Ordnungswidrigkeitenrechts . . . . .	2
a) Rechtsnatur von Ordnungswidrigkeiten und Unterschiede zum Strafrecht . . . . .	2
b) Normadressaten von § 56 . . . . .	5
c) Objektiver Tatbestand . . . . .	7
d) Subjektiver Tatbestand . . . . .	8
e) Vorwerfbarkeit . . . . .	11
f) Verjährung . . . . .	12
3. Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem GwG in der Praxis . . . . .	14
4. Strafbarkeit bei Verstößen gegen GwG-Pflichten . . . . .	18
II. Ordnungswidrigkeitenkatalog für vorsätzliche oder leichtfertige Pflichtverstöße (Abs. 1) . . . . .	19
1. Vorbemerkungen . . . . .	19
2. Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1–73) . . . . .	20
III. Ordnungswidrigkeitenkatalog für vorsätzliche oder fahrlässige Pflichtverstöße (Abs. 2) . . . . .	96
1. Vorbemerkungen . . . . .	96
2. Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1–7) . . . . .	98
3. Bußgeldrahmen bei Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 2 . . . . .	105
IV. Bußgeldrahmen bei vorsätzlich oder leichtfertig begangenen schwerwiegenden, wiederholten oder systematischen Verstößen (Abs. 3) . . . . .	106

	R.n.
1. Vorbemerkungen . . . . .	106
2. Bußgeldrahmen gegenüber Verpflichteten aus dem Nicht-Finanzsektor (S. 1 und 2) . . . . .	107
3. Bußgeldrahmen gegenüber Verpflichteten aus dem Finanzsektor (S. 3–5) . . . . .	111
V. Bemessung der Geldbuße . . . . .	114
VI. Gesamtumsatz (Abs. 4) . . . . .	120
VII. Zuständige Verwaltungsbehörden (Abs. 5) . . . . .	123
VIII. Datenübermittlung der Verwaltungsbehörde an die Aufsichtsbehörde (Abs. 6) . . . . .	126
IX. Überprüfung im Hinblick auf einschlägige Verurteilung (Abs. 7) . . . . .	129
X. Information der zuständigen Europäischen Aufsichtsbehörde (Abs. 8) . . . . .	130

### **§ 57 Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Aufschiebung der Bekanntmachung (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) . . . . .	7
III. Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) . . . . .	8

### **§ 58 (weggefallen)**

### **§ 59 Übergangsregelung**

## **Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)**

### **§ 6a KWG – Besondere Aufgaben**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Voraussetzungen der Anordnungsbefugnis . . . . .	3
III. Rechtsmittel . . . . .	7
IV. Abgrenzung zum AWG und GwG . . . . .	8
V. Exkurs: Finanzsanktionen . . . . .	9

### **§ 24c KWG – Automatisierter Abruf von Kontoinformationen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verpflichtete zur Vorhaltung der Konto-Abrufdatei . . . . .	3
III. Inhalt der Konto-Abrufdatei . . . . .	5
IV. Abrufberechtigte . . . . .	18
V. Datenschutzaspekte . . . . .	26
VI. Kostentragung . . . . .	28
VII. Rechtsverordnungsermächtigung . . . . .	29
VIII. Sanktionen . . . . .	30

### **§ 25g KWG – Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Geldtransferverordnung (Abs. 1 Nr. 1) . . . . .	4
1. Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen (Art. 1–3) . . . . .	5
2. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Auftraggebers (Art. 4–6) . . . . .	8
3. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Begünstigten (Art. 7–9) . . . . .	11

	R.n.
4. Pflichten zwischengeschalteter Zahlungsdienstleister (Art. 10 und 13) . . .	15
5. Informationen, Datenschutz und Aufbewahrung von Aufzeichnungen (Art. 14–16) . . . . .	16
6. Sanktionen, Überwachung und Ausnahmeregelungen (Art. 17 ff.) . . . . .	19
III. Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (Abs. 1 Nr. 2) . . . . .	22
IV. Verordnung zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in EUR (Abs. 1 Nr. 3) . . . . .	23
V. Verordnung über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungs- vorgänge (Abs. 1 Nr. 4) . . . . .	24
VI. Einrichtung von Verfahren und Kontrollsystemen (Abs. 2) . . . . .	25
VII. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 3) . . . . .	26

**§ 25h KWG – Interne Sicherungsmaßnahmen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement und Sicherungs- maßnahmen (Abs. 1) . . . . .	6
III. Datenverarbeitungssysteme (Abs. 2) . . . . .	11
IV. Untersuchung, Dokumentation, Informationsaustausch (Abs. 3) . . . . .	19
V. Auslagerung interner Sicherungsmaßnahmen (Abs. 4) . . . . .	23
VI. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 5) . . . . .	25
VII. Einrichtung einer zentralen Stelle (Abs. 7) . . . . .	26

**§ 25i KWG – Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Adressaten der Regelung . . . . .	4
III. Sorgfaltspflichten bei der Ausgabe von E-Geld (Abs. 1) . . . . .	5
IV. Absehen von Sorgfaltspflichten (Abs. 2) . . . . .	6
V. Verpflichtung zur Führung von E-Geld-Inhaber-Dateisystem (Abs. 3) . . . . .	7
VI. Zahlungen mit in Drittstaaten ausgestellten anonymen Guthabekarten (Abs. 3a) . . . . .	8
VII. Anordnungskompetenz der BaFin (Abs. 4) . . . . .	9

**§ 25j KWG – Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Vereinfachung der Identifizierung . . . . .	2

**§ 25k KWG – Verstärkte Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Sortengeschäft (Abs. 1) . . . . .	3
III. Sorgfaltspflichten für Institute, die Factoring betreiben (Abs. 2) . . . . .	6

**§ 25l KWG – Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-  
Gesellschaften**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Pflichten für Finanzholdinggesellschaften . . . . .	2



**§ 25m KWG – Verbotene Geschäfte**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verbot von Geschäftsbeziehungen mit Bank-Mantelgesellschaften (Nr. 1) . .	2
III. Verbot von Durchlaufkonten (Nr. 2) . . . . .	3

**Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG)**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im ZAG . . . . .	4
1. Erlaubniserteilung . . . . .	5
2. Versagung der Erlaubnis . . . . .	6
3. Anteilseignerkontrolle . . . . .	7
4. Abberufung des Geschäftsleiters . . . . .	8
5. Prüfung durch Abschlussprüfer . . . . .	9
6. Geldwäscherechtliche Pflichten für Agenten . . . . .	10
7. Besondere organisatorische Pflichten sowie Sicherungsmaßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung . . . . .	12
8. Zweigniederlassungen aus dem EWR . . . . .	16
9. Zugang zu Zahlungskontodiensten . . . . .	18
10. Bußgeldvorschriften . . . . .	19

**Strafgesetzbuch****§ 89c Terrorismusfinanzierung**

I. Zweck und Normgenese . . . . .	1
II. Rechtsgut und Deliktssnatur . . . . .	9
III. Verfassungsrechtliche und strafrechtstheoretische Bedenken . . . . .	11
IV. Tatbestände, Abs. 1 und 2 . . . . .	15
1. Objektiver Tatbestand, Abs. 1 und 2 . . . . .	17
a) Vermögenswerte . . . . .	18
b) Sammeln . . . . .	20
c) Entgegennehmen . . . . .	23
d) Zur Verfügung stellen . . . . .	24
2. Subjektiver Tatbestand, Abs. 1 und Abs. 2 . . . . .	28
a) Vorsatz bezüglich der eigenen Tathandlung . . . . .	29
b) Dolus directus hinsichtlich einer Katalogtat nach Abs. 1 Nr. 1–8 . . . .	30
c) Vorsatz bezüglich der <i>Verwendung</i> zur Begehung einer Katalogtat . . .	34
d) Terrorismusbezug der vorgestellten Katalogtat, Abs. 1 S. 2 . . . . .	38
V. Geltung für Auslandstaten, Abs. 3 . . . . .	44
1. Allgemeines . . . . .	44
2. Europäisches Territorialitätsprinzip, Abs. 3 S. 1 . . . . .	46
3. Einschränkung für Taten außerhalb der EU, Abs. 3 S. 2 . . . . .	47
VI. Verfolgungsermächtigung, Abs. 4 . . . . .	49
VII. Rechtsfolgen . . . . .	52
1. Regelstrafrahmen, Milderung und Absehen von Strafe nach Abs. 5 . . . .	52
2. Minder schwerer Fall, Abs. 5 . . . . .	53
3. Tätige Reue . . . . .	55
VIII. Konkurrenz . . . . .	58

	Rn.
<b>§ 261 StGB – Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte</b>	
I. Entstehungsgeschichte . . . . .	1
II. Rechtsnatur und Struktur des § 261 StGB – Überblick über die Regelung	5
III. Kriminalpolitische Ziele und Rechtsgut . . . . .	11
1. Kriminalpolitische Ziele . . . . .	11
2. Kriminalpolitischer Erfolg . . . . .	15
3. Scheitern des kriminalpolitischen Programms . . . . .	17
4. Konsequenzen für die Auslegung . . . . .	19
5. Rechtsgut . . . . .	21
a) Staatliche Rechtspflege und Ermittlungsinteresse der Strafverfol-	
gungsbehörden . . . . .	23
b) Rechtsgüter der Vortaten . . . . .	24
c) Legaler Wirtschafts- und Finanzkreislauf und Volkswirtschaft . . . . .	25
d) Innere Sicherheit . . . . .	26
e) Pluralistische Rechtsgutsbestimmungen . . . . .	27
f) Rechtsprechung, Auslegung und Ergebnis . . . . .	28
IV. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 261 StGB im Einzelnen . . . . .	34
1. Gegenstand . . . . .	34
2. Vortaten . . . . .	35
a) Generelle Anforderungen an die Vortat . . . . .	36
b) Vortatenkatalog im Einzelnen . . . . .	40
c) Auslandstaten . . . . .	51
3. „Herrühren“ aus der Vortat . . . . .	52
a) Unmittelbar aus der Tat herrührende Gegenstände . . . . .	62
b) Tatmittel . . . . .	64
c) Mittelbar auf die Tat zurückzuführende Gegenstände . . . . .	66
d) Auswirkungen der Vermischung sauberer und schmutziger	
Vermögenswerte . . . . .	73
e) Spezialregelung des § 261 Abs. 1 S. 3 StGB: Geldwäscheobjekte aus	
Steuerstraftaten . . . . .	79
f) Nachweis des „Herrührens“ aus einer Katalogtat . . . . .	88
4. Tathandlungen . . . . .	90
a) Verschleierungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Alt. 1 . . . . .	91
b) Vereitelungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Alt. 2 . . . . .	92
c) Isolierungstatbestand, Abs. 2 . . . . .	97
d) Kontrollierte Transaktionen . . . . .	115
e) Geldwäsche durch Unterlassen . . . . .	116
5. Straflloser Vorerwerb . . . . .	120
6. Subjektiver Tatbestand . . . . .	125
a) Vorsatz gem. Abs. 1 und Abs. 2 . . . . .	126
b) Leichtfertigkeit, Abs. 5 . . . . .	128
c) Auswirkungen auf gefährdete Berufsgruppen . . . . .	132
7. Versuch, Abs. 3 . . . . .	141
V. Rechtsfolgen . . . . .	143
1. Strafraumen und Strafzumessung . . . . .	143
2. Einziehung von Tatobjekten (Beziehungsgegenstände), Abs. 7 . . . . .	145
VI. Strafausschließungsgrund bei Vortatbeteiligung, Abs. 9 S. 2 und 3 . . . . .	146
1. Grundgedanke und Entwicklung . . . . .	146
2. Tatidentität von Geldwäsche und Vortaten (insbes. bei BtMG-Delikten	
und der Steuerhinterziehung) . . . . .	147

	Rn.
3. Alleinige Strafbarkeit der Vortat im Ausland . . . . .	148
4. Erwiesensein der Vortat . . . . .	149
5. Einschränkung durch Abs. 9 S. 3 . . . . .	150
VII. Selbstanzeige . . . . .	152
VIII. Konkurrenzen . . . . .	158
IX. § 262 StGB, Führungsaufsicht . . . . .	160
<b>Sachregister</b> . . . . .	<b>S. 1159</b>